



## **ASIEN/VIETNAM - Über 60 Religionsführer in Arbeitslagern inhaftiert**

Hanoi (Fidesdienst) – In vier verschiedenen vietnamesischen Arbeitslagern sind 63 protestantische Pastoren und Religionsvertreter inhaftiert. Sie sind zu Haftstrafen von 5 bis 18 Jahren verurteilt und leben unter schwierigen Bedingungen, wobei sie oft 14 Stunden am Tag arbeiten müssen und nur sehr eingeschränkte medizinische Versorgung erhalten. Dies teilt die Organisation „International Christian Concern“ (ICC) mit Sitz in Washington mit. „Fast alle Inhaftierten“, so ICC in einer Verlautbarung, die dem Fidesdienst vorliegt, „sind Mitglieder der ethnischen Minderheiten aus den Hochebenen in Zentralvietnam“. Als solche „sind diese Christen größerer Diskriminierung und Unterdrückung ausgesetzt, als die meisten anderen vietnamesischen Bürger“.

P. Nguyen Van Si (ofm), Theologe und Rektor des Internationalen Kollegs „St. Antonio“ in Rom, erklärt gegenüber dem Fidesdienst, er halte die in dem Bericht veröffentlichten Daten für „höchst glaubwürdig“: „Die Situation ist folgende“, so P. Van Si zum Fidesdienst, „es gibt immer noch eine Einschränkung und Begrenzung der Ausdrucks- und Gewissensfreiheit: wer Meinungen vertritt, die sich von der der Regierung unterscheiden, wird bestraft. Dies ist bedauernswert, vor allem weil von den willkürlichen Festnahmen oft Jugendliche betroffen sind, die sich für Menschenrechte einsetzen. Darunter leiden vor allem auch ethnische Minderheiten, die auch als so genannten „Montagnards“ (Bergbewohner) bekannt sind, und immer noch als Gefahr für die Stabilität des Landes betrachtet werden. Bei den meisten handelt es sich um protestantische Christen. Ich wünsche diesen Brüdern und Schwestern mehr Augenmerk“.

Nach Angaben des ICC überwacht die vietnamesische Regierung religiöse Einrichtungen auf den Hochebenen besonders streng. Viele der 63 inhaftierten Religionsvertreter befinden sich seit 2004 in Haft, als die vietnamesischen Behörden mit der Unterdrückung von Bürgern begann, die gegen die sich gegen die illegale Beschlagnahme von Grundstücken und Verstöße gegen die Religionsfreiheit wehrten. In der Provinz Binh Phuoc hält die Regierung an der Demolierung von 116 Kapellen der Gläubigen aus dem Volk der „Stieng“ fest, die sich offiziell im Besitz der „Evangelischen Kirche Südvietnams“ befinden und bei den Behörden gemeldet sind. Die Regierung befürchtet, dass unter den Minderheiten eine Unabhängigkeitsbewegung entstehen könnte. In den vergangenen Jahren wurden Hunderte Menschen wegen „Gefährdung der nationalen Sicherheit“ oder „illegaler Aktivitäten“ festgenommen. (PA) (Fidesdienst, 09/10/2013)